

MARION BASTON-VOGT

Der sachliche Schutzbereich
des zivilrechtlichen
allgemeinen Persönlich-
keitsrechts



Mohr Siebeck

Der sachliche Schutzbereich des zivilrechtlichen allgemeinen Persönlichkeitsrechts

von

Marion Baston-Vogt



Mohr Siebeck

Gedruckt mit Unterstützung des Förderungs- und Beihilfefonds Wissenschaft der VG Wort.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Baston-Vogt, Marion:

Der sachliche Schutzbereich des zivilrechtlichen allgemeinen Persönlichkeitsrechts / von Marion Baston-Vogt. – Tübingen : Mohr Siebeck, 1997

ISBN 3-16-146722-1

eISBN 978-3-16-164363-7 unveränderte eBook-Ausgabe 2024

© 1997 J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Computersatz Staiger in Pfäffingen aus der Bembo Antiqua belichtet, von Gulde-Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier der Papierfabrik Niefern gedruckt und von der Großbuchbinderei Heinr. Koch in Tübingen gebunden. Den Umschlag entwarf Uli Gleis in Tübingen.

Meinem Vater

Vorwort

Die vorliegende Untersuchung wurde im Wintersemester 1995/96 von der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Bielefeld als Dissertation angenommen. Für die Drucklegung ist die bis Ende Januar 1997 veröffentlichte Rechtsprechung und Literatur berücksichtigt worden.

Betreut wurde diese Arbeit von Herrn Professor Dr. Haimo Schack, an dessen Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Internationales Privat- und Zivilprozeßrecht sowie Urheberrecht ich vier lehrreiche und prägende Jahre lang als wissenschaftliche Mitarbeiterin tätig war. Ihm danke ich vor allem für den unerschütterlichen Optimismus, mit dem er an die Vollendung dieses »Werkes« glaubte. Meinen Eltern danke ich insbesondere für die Unterstützung bei der Schaffung der Voraussetzungen für meine juristische Tätigkeit. Mein größter Dank gilt schließlich meinem Ehemann Dr. Andreas Vogt, dessen fortwährende »psychische Beihilfe« maßgeblichen Anteil an der Entstehung dieser Arbeit hatte.

Die Drucklegung dieses Buches wurde durch einen großzügigen Kostenzuschuß der VG Wort unterstützt.

Gewidmet ist die Arbeit meinem Vater, der deren Entstehung und Vollendung mit lebhafter Anteilnahme begleitet hat, ihre Veröffentlichung aber nicht mehr miterleben durfte. Von ihm habe ich gelernt, was *Persönlichkeit* bedeutet.

Köln, im August 1997

Marion Baston-Vogt

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
------------------	---

Erster Teil

Verfassungsrechtliche Vorgaben für die Bestimmung des Schutzbereichs des allgemeinen Persönlichkeitsrechts

A. Faktische und rechtliche Grundlagen der Anerkennung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	11
I. Entwicklung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	11
II. Legitimation des allgemeinen Persönlichkeitsrechts durch Art. 1 I iVm. Art. 2 I GG	15
B. Die Wirkung der Grundrechte im Privatrechtsverkehr	17
I. Die Lehre von der unmittelbaren Drittwirkung	17
II. Die ursprüngliche Lehre von der mittelbaren Drittwirkung	20
III. Die neuere Konzeption der durch Schutzpflichten des Staates vermittelten Drittwirkung	21
IV. Stellungnahme	26
V. Konsequenzen für die inhaltliche Bestimmung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	29
C. Die grundlegenden Wertungen des GG zum Schutze der Persönlichkeit	31
I. Würde des individuellen Menschen als oberster Wert	31
II. Sicherung freier Persönlichkeitsentfaltung um der Würde des Menschen willen	34
III. Position des GG im Widerstreit von Einzelfreiheit und Gemeinwohl	35
IV. Konsequenzen für die inhaltliche Bestimmung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	36

D. Verfassungsrechtliche Anforderungen an die Umsetzung der grundrechtlichen Wertungen in das Privatrecht	37
I. Verfassungsrechtliche Grenzen des Gestaltungsspielraums der staatlichen Gewalten beim Schutz grundrechtlicher Werte . . .	39
1. Die Bestimmung der Schutzzobergrenze – Übermaßverbot	39
a) Der Maßstab strikter Verhältnismäßigkeit in Abgrenzung zur Erzielung praktischer Konkordanz	41
b) Stellungnahmen zur Geltung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes bei der staatlichen Ausgestaltung des Privatrechts	45
c) Der auf Eingriffsabwehr beschränkte Anwendungsbereich der strikten Verhältnismäßigkeitsprüfung	48
d) Die verfassungsrechtliche Grundsatzdiskussion über die Reichweite der Eingriffsabwehrfunktion der Grundrechte	50
aa) Die herkömmliche Eingriffs- und Schrankendogmatik	50
bb) Der Wandel im Staats- und Grundrechtsverständnis	52
cc) Dogmatische Konsequenzen aus dem gewandelten Staatsverständnis	55
(1) Abkehr von der Eingriffsdogmatik	55
(2) Beibehaltung und Reform der Eingriffsdogmatik	56
(a) Unverzichtbarkeit des Eingriffs- und Schranken- denkens	56
(b) Anpassung der Dogmatik durch Reform des Eingriffsbegriffs	59
e) Die Notwendigkeit strikter Verhältnismäßigkeit jeder grundrechtsbeschränkend wirkenden Staatstätigkeit	60
f) Die besondere Bedeutung der Verhältnismäßigkeitskontrolle staatlicher Schutzmaßnahmen für die zivilrechtliche Umsetzung der Grundrechte	63
2. Die Bestimmung der Schutzuntergrenze – Untermaßverbot . . .	64
a) Stellungnahmen in Rechtsprechung und Literatur	65
b) Vorschlag einer entsprechenden Anwendung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes	67
II. Differenzierungsgebot	71
E. Die Auswirkungen der verfassungsrechtlichen Umsetzungsmaßstäbe auf die inhaltliche Bestimmung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	73
I. Das allgemeine Persönlichkeitsrecht als eines von mehreren Mitteln zum Schutze der Persönlichkeit im Privatrechtsverkehr . .	73
II. Andere zivilrechtliche Mittel zum Schutze der Persönlichkeit	73
1. Deliktischer Schutz gegenüber verwerflichen Eingriffen durch § 826	74

a) Bedeutungsschwund des § 826	74
b) Voraussetzungen und Rechtsfolgen der Haftung wegen sittenwidriger Schädigung	75
c) Entlastung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts durch gezielten Einsatz des § 826	76
2. Schutz im Rahmen privatrechtlicher Sonderbeziehungen durch §§ 138 und 242	77
3. Schutz einzelner Persönlichkeitsinteressen durch Spezialgesetze	80
a) Wert spezialgesetzlicher Regelungen	80
b) Beispiel einer Regelung des Datenschutzes für Arbeitnehmer	83
III. Die Besonderheiten des Schutzmittels allgemeines Persönlichkeitsrecht	85
1. Das allgemeine Persönlichkeitsrecht als subjektives Privatrecht	85
a) Der Streit um den Rechtscharakter des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	85
aa) Begriff und Wesen des subjektiven Rechts	87
bb) Schutz der Persönlichkeit durch ein subjektives Recht	88
b) Folgerungen aus dem Rechtscharakter des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	91
aa) Unterscheidung zwischen natürlichem Rechtsgut und schützendem Recht	91
bb) Unterscheidung zwischen berechtigten und rechtlich bewehrten Interessen	92
c) Zusammenfassung	92
2. Die tatbestandliche Reichweite des persönlichkeitsrechtlichen Schutzes	93
3. Die Rechtsfolgen einer Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	94
IV. Die Funktion des allgemeinen Persönlichkeitsrechts im Rahmen des zivilrechtlichen Persönlichkeitsschutzes	97
1. Überprüfung der herkömmlichen Funktionszuschreibungen	97
a) Allgemeines Auffangrecht	97
b) Programmsatz, Auslegungsrichtlinie, oberstes Konstitutions- prinzip des Privatrechts	100
c) Mutter-, Quellrecht	101
2. Beschreibung seiner tatsächlichen Funktion	102
V. Konsequenzen für die inhaltliche Bestimmung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	103

F. Das Verhältnis des allgemeinen Persönlichkeitsrechts zu den einfachgesetzlichen persönlichkeits-schützenden Regelungen	104
I. Angebliche Sonderstellung der sogenannten besonderen Persönlichkeitsrechte	104
1. Begriff der besonderen Persönlichkeitsrechte	105
2. Auseinandersetzung mit der Bedeutung besonderer Persönlichkeitsrechte	106
a) Konkretisierungswirkung	107
b) Rechtsfolgenerstreckung	108
II. Allgemeingültige Grundlagen für eine Verhältnisbestimmung im Einzelfall	110
1. Bedeutung der Funktion des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	110
2. Umsetzung der allgemeinen Grundsätze zum Verhältnis zwischen allgemeiner und spezieller Norm	112
G. Das konkrete Verhältnis zwischen dem verfassungsrechtlichen Persönlichkeitsschutz und dem zivilrechtlichen allgemeinen Persönlichkeitsrecht	115
I. Die verfassungsrechtliche Ausgestaltung des Persönlichkeits- schutzes	117
1. Die Auslegung des Art.2 I GG	117
a) Das Recht auf allgemeine Handlungsfreiheit	117
b) Das verfassungsrechtliche allgemeine Persönlichkeitsrecht	119
2. Die besonderen personalen Grundrechte	120
II. Die Konsequenzen für die inhaltliche Bestimmung des zivil- rechtlichen allgemeinen Persönlichkeitsrechts	122
1. Keine Identität von verfassungsrechtlichem und zivil- rechtlichem allgemeinem Persönlichkeitsrecht	122
2. Kein Schutz der allgemeinen Handlungsfreiheit durch das allgemeine Persönlichkeitsrecht	125
a) Vorüberlegungen	125
b) Argumente gegen eine Aufnahme der allgemeinen Handlungs- freiheit in den Schutzbereich	127
aa) Ungeeignetheit zur Gewährleistung der freien Entfaltung der Persönlichkeit im Privatrechtsverkehr	127
bb) Sprengung des durchdachten deliktischen Haftungssystems (1) Statuierung deliktischer Einstandspflichten als Aufgabe des Gesetzgebers	130

(2) Soziale Steuerungsfunktion des Deliktsrechts	132
(a) Vorteil aus Sicht des Rechtsinhabers:	
Effektivität des Schutzes	133
(b) Vorteil aus Sicht des Rechtsadressaten:	
Freiheitssichernde Möglichkeit der Vermeidung von Haftungsrisiken	133
3. Keine pauschale Aufnahme der personalen Grundrechte in den Schutzbereich des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	136
a) Persönlichkeitsrechtlicher Schutz und Drittwirkungstheorien	137
b) Relativierung der Bedeutung der speziellen grundrechtlichen Gewährleistungen für den Privatrechtsverkehr	139
c) Aufgabenteilung zwischen allgemeinem Persönlichkeitsrecht und § 826	140
H. Zusammenfassende Thesen	141

Zweiter Teil

Zivilrechtliche Betrachtung
des allgemeinen Persönlichkeitsrechts

A. Struktur des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	151
I. Der Schutzbereich als Inhaltsangabe	151
II. Die Güter- und Interessenabwägung als Mittel zur Feinabstimmung der im Einzelfall kollidierenden Interessen	152
1. Überbewertung der Interessenabwägung in Praxis und Wissenschaft	152
2. Tatsächliche Funktion der fallbezogenen Abwägung	154
3. Notwendigkeit einer zweistufigen Prüfung der Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	156
III. Die Sozialadäquanz als Relevanzfilter	157
1. Allgemeine Bedeutung der Gestattung sozialadäquater Eingriffe	158
2. Funktion und Wirkung im Rahmen des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	159
a) Abgrenzung zur Schutzbereichsbestimmung	160
b) Abgrenzung zur fallbezogenen Interessenabwägung	161
3. Kriterien zur Bestimmung der Sozialadäquanz	161
IV. Der Eingriff als Auslöser des rechtlichen Schutzes	163
V. Vorschlag eines Prüfungsschemas	165

B. Gesetzesvorschläge	166
I. 1959 – Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des zivilrechtlichen Persönlichkeits- und Ehrenschatzes	166
II. 1967 – Referentenentwurf eines Gesetzes zur Änderung und Ergänzung schadensrechtlicher Vorschriften	170
III. 1981 – Gutachten zur Überarbeitung des Schuldrechts.	171
IV. 1990 – Vorschläge zur Regelung des sogenannten Medienpersönlichkeitsrechts	173
V. Stellungnahme	174
C. Bisherige Ansätze zur Bestimmung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	175
I. Begriff der Persönlichkeit	176
II. Bildung von Fallgruppen.	177
III. Konstruktion besonderer Persönlichkeitsrechte	179
IV. Güter- und Interessenabwägung	180
V. Sphärenbildung	180
1. Vom Postulat eines Schutzes der Eigensphäre zur Sphärentheorie	180
2. Entwicklung des Sphären Denkens – Das ungeklärte Verhältnis zwischen Diskretion, Selbstbestimmung, Privatheit, Individualität und Persönlichkeit	184
3. Kritik am dogmatischen Wert des Sphären Denkens	191
a) Bedeutungslosigkeit für die Bestimmung des abstrakt-generellen Schutzbereichs	191
b) Unbrauchbarkeit zur Strukturierung des Persönlichkeitsschutzes	193
aa) Unklarheit bezüglich Bezeichnung und Abgrenzung der Sphären	193
bb) Verdeckung der die Reichweite des Schutzes bestimmenden Wertungen	194
cc) Praktische Bedeutungslosigkeit des Kernbereichsschutzes	195
VI. Stellungnahme	201
D. Gegenvorschlag: Inhaltliche Bestimmung des Schutzbereichs durch Herausarbeitung der geschützten Interessen	203

Dritter Teil

Die persönlichkeitsrechtlich geschützten Interessen –
Gegenwärtiger Schutzbereich des allgemeinen Persönlichkeitsrechts

A. Entfaltung im räumlich-gegenständlichen Privatbereich	207
I. Grundsätzlicher Verzicht auf einen persönlichkeitsrechtlichen Schutz aktiver Betätigungsinteressen	207
II. Verhältnismäßigkeit eines Schutzes der Entfaltung innerhalb des räumlich-gegenständlichen Privatbereichs	209
1. Hervorragende Bedeutung des räumlichen Privatbereichs für die Entfaltung der Persönlichkeit	210
2. Schutzbedarf	211
3. Zumutbarkeit	212
B. Selbstbestimmung in eigenen Angelegenheiten	214
I. Skepsis gegenüber einem unmittelbaren persönlichkeits- rechtlichen Schutz freier Selbstbestimmung	214
1. Beschränkung der Bestimmungsbefugnis auf gegenständliche Verkörperungen	214
2. Beschränkung auf vernünftige Selbstbestimmung	217
II. Begriff der Selbstbestimmung	219
III. Begriff der eigenen Angelegenheiten	220
IV. Bedeutung und Wirkung des persönlichkeitsrechtlichen Schutzes der Selbstbestimmung	224
1. Wahrnehmung des Selbstbestimmungsrechts durch Willensäußerung	224
2. Besondere Bedeutung der Einwilligung als Akt der Selbstbestimmung	225
V. Normative Voraussetzungen der Beachtlichkeit der Willensäußerung des Rechtsträgers	226
1. Einsichtsfähigkeit des Rechtsträgers	228
2. Eindeutigkeit der Willenskundgabe	233
a) Auslegungsgrundsätze	233
b) Konkludente Einwilligung	234
3. Ernsthaftigkeit und Gültigkeit der Willensäußerung	235
4. Kenntnis der wesentlichen entscheidungserheblichen Umstände	237
5. Freiwilligkeit	238

6. Dispositionsbefugnis	239
7. Kein Verstoß gegen die guten Sitten	240
VI. Besonderheiten bei der Selbstbestimmung durch Einwilligung	242
1. Aufklärungspflicht des Rechtsadressaten	242
2. Risiken und Chancen der mutmaßlichen Einwilligung	244
a) Gefahr des Mißbrauchs zur Umgehung des wirklichen Willens des Rechtsträgers	244
b) Chancen der mutmaßlichen Einwilligung	246
aa) Freiheitswahrende Erweiterung des Verhaltensspielraums der Rechtsadressaten durch Verschiebung der Aktionslasten	246
bb) Allgemeine Tendenz der Umkehrung des Einwilligungserfordernisses in eine Widerspruchsbefugnis	247
cc) Beispiel der Briefkastenwerbung	248
3. Instrumentalisierung der Einwilligung zum Zwecke der kommerziellen Verwertung der Persönlichkeit	251
VII. Eingriffsqualität von Beeinträchtigungen des Selbstbestimmungsinteresses	254
VIII. Eigene Angelegenheiten im einzelnen – Ausgewählte Probleme des persönlichkeitsrechtlichen Schutzes der Selbstbestimmung	255
1. Leben – Schutz des Selbsttötungswillens	256
a) Vernichtung eigener Lebensgüter – Recht im Widerstreit zwischen Selbstbestimmungs- und Rechtsgüterschutz	256
aa) Problematik eines Schutzes des Menschen vor sich selbst	256
bb) Gute Sitten als Grenze des Selbstbestimmungsrechts	259
b) Praktische Bedeutung des persönlichkeitsrechtlichen Schutzes des Selbsttötungswillens	261
2. Körper – Dogmatische Fundierung des Selbstbestimmungsschutzes	265
a) Extensive Auslegung des Begriffs der Körperverletzung	266
b) Beispiel der ärztlichen Eigenmacht	267
c) Eigenständige Bedeutung des persönlichkeitsrechtlichen Schutzes	271
3. Organe, Blut und andere Körpersubstanzen – Bestimmung über lebzeitige sowie postmortale Entnahme und Nutzung	273
a) Persönlichkeitsrechtliches Einwilligungserfordernis bezüglich der Entnahme von Körpersubstanzen am Beispiel des Aids-Tests	274
aa) Beabsichtigte Nutzung der Körpersubstanz als entscheidungserheblicher Umstand	274
bb) Reichweite einer pauschalen Einwilligung in die Substanzentnahme	276

(1) Grundsätzlicher Umfang der Aufklärungspflicht bei Blutentnahmen	276
(2) Besonderheiten der Blutuntersuchung auf HIV-Antikörper	277
(3) Standpunkt der h.M.	278
(4) Kritik	279
cc) Zusammenfassung	281
b) Bestimmungsrecht bezüglich entnommener Körpersubstanzen . . .	282
aa) Meinungsstand	282
(1) Körperschutz	283
(2) Eigentumsschutz	284
(3) Persönlichkeitsrechtlicher Schutz	284
(4) Kombiniertes Schutz	285
(5) Stellungnahme	286
bb) Begründung und Voraussetzungen des persönlichkeits- rechtlichen Bestimmungsschutzes	288
c) Postmortaler Schutz des Selbstbestimmungsinteresses	292
aa) Postmortaler Persönlichkeitsschutz im allgemeinen	292
(1) Meinungsstand	292
(2) Stellungnahme	298
(3) Kriterien zur Bestimmung der sachlichen Reichweite des Schutzes	300
bb) Besondere Problematik eines postmortalen Schutzes des Selbstbestimmungsinteresses	302
(1) Stimmen in Rechtsprechung und Literatur	303
(2) Stellungnahme	305
(a) Tatsächlicher Schutzbedarf	305
(b) Zweck und Folgen des Selbstbestimmungsschutzes . . .	306
(c) Gebotenheit dieses Schutzes	307
cc) Praktische Konsequenzen des postmortalen Selbstbestimmungsschutzes	310
(1) Bedeutung des mutmaßlichen Willens	310
(2) Willensäußerung des Verstorbenen zu Lebzeiten	311
(a) Rechtswirkung einer vorsorglichen Willens- kundgabe für den Fall späterer Äußerungsunfähigkeit .	311
(b) Besondere Problematik vorformulierter Sektions- einwilligungen	315
(3) Rechtliche Stellung der Angehörigen	317
(a) Treuhänderische Wahrnehmung des Persönlich- keitsschutzes des Verstorbenen	318
(b) Indikatorfunktion bei der Ermittlung des mutmaßlichen Willens des Verstorbenen	320
(c) Totensorgerecht	320
(d) Eigenes allgemeines Persönlichkeitsrecht	321
dd) Gesetzliche Regelung der Organtransplantation	323

4. Keimgut – Natürliche Grenze des Bestimmungsrechts	327
a) Bestimmungsrecht bezüglich des unbefruchteten Keimgutes	327
b) Rechtslage nach der Befruchtung	328
5. Genetische Konstitution – Schutz vor ungewollter Kenntnis und „Qualitätskontrolle“	331
a) Chancen und Risiken der Gentechnologie	331
aa) Gentechnischer Eingriff in menschliche Körperzellen	332
bb) Genomanalyse	333
b) Folgen des persönlichkeitsrechtlichen Selbstbestimmungsschutzes	335
aa) Einwilligungserfordernis bei Beschäftigung mit fremdem Genbestand – Recht an der Unkenntnis der eigenen genetischen Konstitution	335
bb) Praktische Bedeutung der Freiwilligkeit der Einwilligung	336
c) Besondere Problematik der pränatalen Genomanalyse	337
6. Personale Daten – Drittwirkung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung	339
a) Allgemeine Datenschutzdiskussion	339
aa) Volkszählungsurteil des BVerfG	339
bb) Umsetzung in spezialgesetzliche Schutzregelungen	341
cc) Kritik der Literatur	343
dd) Stellungnahme	347
b) Generelle objektivrechtliche Bedeutung des grundrechtlichen Schutzes der informationellen Selbstbestimmung	348
c) Drittwirkung des speziellen Bestimmungsrechts über die Preisgabe und Verwendung persönlicher Daten	351
d) Persönlichkeitsrechtlicher Schutz der Selbstbestimmung bezüglich der eigenen Daten	353
aa) Wirkung eines persönlichkeitsrechtlichen Schutzes	353
bb) Verhältnismäßigkeit des Schutzes	355
(1) Zweck	356
(2) Geeignetheit	359
(3) Erforderlichkeit	359
(4) Zumutbarkeit	360
cc) Ansatzmöglichkeiten für eine freiheitswahrende Schutzbegrenzung	362
(1) Restriktive Bestimmung des Begriffs der eigenen Daten	362
(2) Beschränkung auf Schutzsphären und sonstige gegenständliche Verkörperungen	364
(3) Allgemeine Schranken des persönlichkeitsrechtlichen Schutzes	365
7. Charakterbild – Eigenmächtige Erforschung der Persönlichkeit	370

8. Lebensbild – Bestimmung über Darstellung in der Öffentlichkeit	372
a) Inhalt des Lebensbildschutzes	373
b) Selbst definierter sozialer Geltungsanspruch	375
9. Werk – Reichweite eigener Angelegenheiten	378
10. Persönliche Beziehungen – Problematik der sittlichen Grenze des Bestimmungsrechts	381
11. Sexuelle Betätigung – Abgrenzung von Selbstbestimmung und Ehre	383
12. Fortpflanzung – Schutz der Familienplanung	386
a) Bestehen und Wirkung des persönlichkeitsrechtlichen Schutzes	387
aa) Fortpflanzung als eigene Angelegenheit	387
bb) Kein genereller Schutz der Handlungs- und Entschließungsfreiheit	388
cc) Restriktive Bestimmung des Eingriffsbegriffs	389
(1) Faktische Vereitelung der Planungsentscheidung	390
(2) Vorenthaltung von Entscheidungswissen	391
b) Bestimmung über den Fortbestand einer Schwangerschaft	392
aa) Zweites Schwangerschaftsabbruchsurteil des BVerfG	393
bb) Stellungnahme	395
C. Diskretion in persönlichen Angelegenheiten	397
I. Abkehr vom Sphärendenken	399
II. Gegenstand des Diskretionsschutzes	400
III. Abgrenzung zum Schutz der Selbstbestimmung	402
IV. Voraussetzungen des Diskretionsschutzes	405
1. Erkennbarkeit des Geheimhaltungswillens	405
2. Bestehen einer Informationsschranke	406
a) Sicherung gegen zufällige Kenntnisnahme	408
b) Sicherung gegen Weiterverbreitung	410
D. Achtung der persönlichen Ehre	411
I. Notwendigkeit einer eigenständigen Ausgestaltung des zivilrechtlichen Ehrenschatzes	413
II. Kein Schutz des unverdient guten Rufes	415
III. Bedeutung der subjektiven Vorstellungen und Empfindungen des Rechtsträgers	417
1. Personales Selbstverständnis	417
2. Persönliches Ehrempfinden	418

3. Selbstachtung – Innere Ehre	419
IV. Leugnung des Verfolgungsschicksals der Juden	421
E. Wahre Darstellung der eigenen Person	423
I. Unbedingter Wahrheitsschutz	423
II. Zusammenspiel mit anderen Persönlichkeitsinteressen	425
III. Fallspektrum	426
F. Kenntnis und Achtung der personalen Identität	428
I. Der Begriff der personalen Identität	428
II. Das Recht an der Kenntnis der eigenen Abstammung	429
1. Diskussion in der Literatur	429
2. Abstammungsurteil des BVerfG	431
3. Drittwirkung des Kenntnisrechts	432
4. Persönlichkeitsrechtlicher Schutz der Abstammungskennntnis	434
5. Folgen für die Praxis der künstlichen Fortpflanzung	439
6. Problematik des pränatalen Persönlichkeitsschutzes	442
III. Das weiterreichende Interesse an der Kenntnis der personalen Identität	445
IV. Das Interesse an der Achtung der personalen Identität	447

Vierter Teil

Statt einer Schlußbetrachtung: Durch das allgemeine Persönlichkeitsrecht nicht geschützte Interessen

A. Förderung und Teilhabe	454
B. Wahrnehmung grundrechtlicher Freiheiten	456
C. Gewerbliche und berufliche Betätigung	458
D. Freizeitbetätigung	458
E. Gleichbehandlung, Unterlassung von Diskriminierungen	459
F. Integrität des Ehe- und Familienlebens	462
G. Durchsetzung des eigenen Willens	466
H. Freie Willensbildung	466
I. Unterlassung von Belästigungen	467

J. Achtung des Gefühls- und Seelenlebens	469
K. Intakte Umwelt	471
L. Erhaltung der eigenen Lebenszeit	473
Literaturverzeichnis	475
Sachverzeichnis	515

Einleitung

Die in Deutschland mit zunehmender Sorge beobachtete Verlagerung rechtspolitischer Entscheidungen von der Legislative auf die Judikative¹ drückt sich nicht nur in der vermehrten Anrufung des BVerfG zur Schlichtung politisch motivierter Streitigkeiten aus². Einen weniger spektakulären, aber gleichwohl bedenklichen Niederschlag findet die Machtverschiebung zwischen den staatlichen Gewalten auch in dem von außergesetzlichen Wandlungen geprägten Deliktsrecht³. Aufgrund der Untätigkeit des Gesetzgebers blieb es der Rechtsprechung überlassen, die wachsende Divergenz zwischen dem kodifizierten Haftungsrecht und der infolge sozialer, politischer und vor allem technischer Umwälzungen tiefgreifend veränderten Lebenswirklichkeit auszugleichen. Ihre verdienstvollen und durchaus erfolgreichen Bemühungen um eine Angleichung des Rechts an die gesellschaftliche Entwicklung⁴ mündeten in einen bis heute nicht behobenen Widerspruch zwischen geschriebenem und richterlich geschaffenem Recht. Plastischen Ausdruck findet dieser Zustand in den Feststellungen von Bars, daß das Deliktsrecht unserer Zeit kaum noch im Text der §§ 823 ff. BGB zu finden sei⁵ und eine gesetzestreue Rechtsanwendung heute schon fast einer Rechtsverweigerung gleichkomme⁶. Den wohl besten Beleg hierfür liefert der zivilrechtliche Persönlichkeitsschutz, der trotz seiner großen und weiter wachsenden Bedeutung bis heute fast ausschließlich auf außergesetzlichen Grundlagen beruht⁷. Den entscheidenden Anstoß für die richterrechtliche Ausgestaltung dieses Schutzes gab

¹ S. dazu für viele *Grimm*, FS Benda S. 91 (101 ff.); *Dörte Heins*, Der Richter als Ersatzgesetzgeber – Tagungsbericht, ZRP 1995, 149 f.; *Hesse*, JZ 1995, 265 (267 ff.) und in FS Mahrenholz S. 541 (546 ff.); *Jeand'Heur*, JZ 1995, 161 (166 f.); *Kirchhof*, NJW 1996, 1497 (1504); *Medicus*, AcP 192 (1992), 35 (55 ff.) *Vogel*, NJW 1996, 1505 (1508 ff.).

² Z.B. BVerfGE 88, 203 – Schwangerschaftsabbruch II; 88, 173 – AWACS; 89, 38 – Somalia; 90, 286 – Adria, AWACS, Somalia.

³ Zu den Wandlungen des Deliktsrechts s. nur *Börgers*, S. 19 ff.; v. *Caemmerer*, 100 Jahre DJT S. 49 ff.

⁴ Ein anerkanntes Resultat dieser Bemühungen ist z.B. die Haftung für Verletzungen der Verkehrssicherungspflicht sowie für Beeinträchtigungen des Rechts am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb.

⁵ v. *Bar*, Gutachten von 1981 zur Überarbeitung des Schuldrechts S. 1724 f.

⁶ v. *Bar*, Gutachten S. 1693.

⁷ Kritisch hierzu schon die Begründung zu dem Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des zivilrechtlichen Persönlichkeits- und Ehrenschatzes aus dem Jahre 1959, BT-Drucks. III/1237 S. 7.

die am 25. 5. 1954 vom BGH vollzogene Anerkennung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts⁸. Durch diesen Akt richterlicher Rechtsfortbildung ist nicht nur die Rechtsposition des Individuums nachhaltig gestärkt und dem lange Zeit sträflich vernachlässigten hohen Wert der menschlichen Persönlichkeit endlich die ihm gebührende Beachtung verschafft worden⁹, sondern der Rechtsprechung wurde hiermit auch ein flexibles Instrument zur künftigen Aus-, Um- und Neugestaltung des Deliktsrechts geliefert. Versucht man, nach der über vierzigjährigen Existenz des allgemeinen Persönlichkeitsrechts eine (Zwischen)Bilanz zu ziehen und Wert, Charakter, Struktur, Funktion, Inhalt und Wirkungen dieser »Rechtsfigur« zu bestimmen, so wird offenbar, wie wenig man über diese Rechtsschöpfung weiß und wie viele entscheidende Fragen in all den Jahren offen geblieben sind. Handelt es sich zum Beispiel bei dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht überhaupt um ein subjektives Recht oder ist dies nur eine irreführende Bezeichnung für ein Rechtsinstitut, das dem Lebensgut der Persönlichkeit zu deliktsrechtlichem Schutz verhelfen soll? Hat dieses sogenannte Recht einen konturierbaren Inhalt oder definiert es sich allein über seine Funktion? Fügt es sich in das deliktische Haftungssystem ein oder wurde dieses System durch seine Anerkennung gesprengt¹⁰? Entwickelt die Rechtsprechung mit seiner Hilfe das bestehende Recht systemimmanent fort oder setzt sie sich bei seiner Anwendung ihr Recht selbst¹¹? Weist das hiermit geschaffene »Einfallstor« für grundrechtliche Wertungen Grenzen auf oder droht eine verfassungsrechtliche Überlagerung des differenzierten Zivilrechts? Ist das allgemeine Persönlichkeitsrecht mithin der »fraglos kühnste und im Prinzip gelungenste Entwurf des Privatrechts während der letzten Jahre¹²« oder wurde mit seiner Anerkennung ein »juristisches Monstrum¹³« geschaffen?

⁸ BGHZ 13, 334 (338) – Leserbrief.

⁹ Vgl. BGHZ 35, 363 (367 f.) – Ginseng.

¹⁰ So *Larenz*, NJW 1955, 521 (523 f.); vgl. auch *Brossette*, S. 119; v. *Caemmerer*, 100 Jahre DJT S. 49 (64, 69, 71, 107); *Deutsch*, JZ 1963, 385 (386); *Erman-Schiemann*, Vor § 823 Rn. 3, § 823 Rn. 2; *Freund*, S. 134; *Gernhuber*, § 21 I 5, S. 193; *Klippel*, Entw. S. 15; *MüKo-Mertens*, § 823 Rn. 102; *Nipperdey*, NJW 1967, 1985 (1988); *Radtke*, Kolloquium S. 29 (40); *Reinhardt*, Karlsr. Forum S. 3 (5); *Wasserburg*, S. 49. Vgl. auch die Erwiderung des BGH in BGHZ 24, 72 (78, 79 f.).

¹¹ Vgl. v. *Bar*, Gutachten S. 1724 f.; *Börgers*, S. 19 f.; *Deutsch*, JZ 1963, 385 (388); *Erman-Ehmann*, Anh. § 12 Rn. 16; *Helle*, S. 23; *Kohl*, S. 41 (48); *Pawlowski*, Pers. S. 113 (124 ff.) und Diskussion S. 133; *Sólyom*, S. 200 f., 207; *Brüggemeier*, Rn. 86, 137 ff. (180): § 823 I sei unter der Hand von einem klassischen Verbotstatbestand des Eingriffs in konkrete Rechte und Rechtsgüter zu einer modernen *richterlichen Interventionsnorm* geworden... Es habe eine Funktionsverlagerung von der Legislative zur Judikative stattgefunden; *Ramm*, JR 1989, 1594 (1595) und NJW 1989, 1594 (1595): Allgemeines Persönlichkeitsrecht als Selbstermächtigung der Rechtsprechung mit der willkürlichen Entscheidung über die »Ausprägung« des Persönlichkeitsrechts anhand des jeweiligen Einzelfalles; *Schwerdtner*, Jura 1981, 414 (422) und S. 1, 97: Das allgemeine Persönlichkeitsrecht sei eine Ermächtigungsnorm, die den Richter zur Aufstellung von Verhaltensnormen befähige.

¹² *Maunz-Dürig*, Art. 1 Rn. 38 und *Dürig*, AöR 81 (1956), 117 (130).

¹³ *Esser/Weyers*, § 107 II 1 d, S. 401.

Diesen Fragen soll in dieser Arbeit nachgegangen werden. Dabei wird immer wieder ein Kompromiß zwischen Tiefe und Breite, zwischen Konkretem und Abstraktem, zwischen einer fundierten Erörterung von Spezialproblemen und der Herausarbeitung übergreifender, allgemeingültiger Strukturen zu suchen sein. Die Bedeutung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts läßt sich nicht allein anhand fallbezogener Gerichtsentscheidungen und spezialproblembezogener wissenschaftlicher Abhandlungen ergründen, sondern es bedarf einer Gesamtbeachtung des breiten persönlichkeitsrechtlichen Anwendungsbereichs. Allerdings darf sich diese Betrachtung nicht in abstrakten theoretischen Erwägungen verlieren. Die Aufgabe, die der Wissenschaft in bezug auf das allgemeine Persönlichkeitsrecht zufällt, hat sich seit der bahnbrechenden Monographie Hubmanns verändert. Während Hubmanns treffliche Ausführungen¹⁴ noch für die Errichtung eines angemessenen Persönlichkeitsschutzes werben, Skeptiker für die Persönlichkeitsidee begeistern und die Justiz für den immateriellen Wert der Persönlichkeit sensibilisieren wollten, kommt der Wissenschaft heute die sehr viel prosaischere Aufgabe zu, die Rechtsprechung bei ihrer Handhabung und Ausgestaltung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts kritisch zu begleiten. Sie hat die fallbezogenen Entscheidungen nicht nur zu sichten, zu ordnen und auszuwerten, sondern auch Fehlentwicklungen aufzuzeigen und konkrete, praktisch verwertbare Verbesserungsvorschläge zu machen.

Solche Vorschläge erscheinen angesichts der Entwicklung, die der Persönlichkeitsschutz seit der Anerkennung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts genommen hat, durchaus geboten. Infolge des extensiven Einsatzes des allgemeinen Persönlichkeitsrechts wurde der zivilrechtliche Schutz des Individuums so weit ausgedehnt, daß selbst ausgewiesene Befürworter eines starken Persönlichkeitsschutzes vor seiner Ausuferung warnen¹⁵. Diese Entwicklung deutet zusammen mit einer Reihe anderer Anzeichen auf einen stillschweigenden und rational kaum begründbaren Wandel des dem Zivilrecht zugrundeliegenden Menschenbildes. Aus dem mündigen, seine Lebensverhältnisse autonom und eigenverantwortlich regelnden Bürger¹⁶ droht mehr und mehr ein hilfsbedürftiger Schutzbefohlener des Staates, oder genauer der Justiz, zu werden¹⁷. Diese hat das allgemeine Persön-

¹⁴ Zusammenfassend Hubmann, S. 376 f.

¹⁵ So Hubmann, Ufita 70 (1974), 75 (77 ff., 78); Steindorff, S. 16; Westermann, S. 50.

¹⁶ Vgl. BGH, NJW 1992, 896 (898); 1991, 2015 (2016, 2017); 1989, 830 (831); OLG Hamm, NJW 1991, 2647 (2648); LG Limburg, NJW 1979, 607 (607); Brossette, S. 243; Coing, Das subj. Recht S. 18; Langer, S. 58; Larenz, AT § 2 II, S. 33 ff.; Westermann, S. 15; Raiser, GG u. PrivatrechtsO B 16, 30 f.

¹⁷ Zur »Helfer-Attitüde« der Justiz s. H. A. Hesse/Kauffmann, JZ 1995, 219 (220 f.). Kritisch zu dieser Entwicklung auch v. Bar, Gutachten S. 1690 ff.; Geißler, JuS 1991, 617 (622 f.); Hesse, VerfR u. PrivatR S. 35 f., 43 f.; Larenz, AT § 3 I, S. 51 ff.; Raiser, JZ 1961, 465 (471); Honsell, JZ 1989, 495 (495); Stephan Meder, Risiko als Kriterium der Schadensverteilung, JZ 1993, 539–545 (545): Es sei charakteristisch für das gesamte moderne Privatrecht, daß an die Stelle von Selbstherrlichkeit und Autonomie Hilflosigkeit und Schutzbedürftigkeit getreten seien; Müller, S. 6 f.: Während man in den klassischen Freiheitsrechten etwas vom Bild des selbstmächtigen, selbstbewußten und vernunftgemäß handelnden Men-

lichkeitsrecht in den letzten Jahren eben nicht nur dazu genutzt, um den defizitären zivilrechtlichen Persönlichkeitsschutz systemimmanent auszubauen, ihn den grundrechtlichen Wertungen, den wandelnden gesellschaftlichen Verhältnissen und der rasanten technischen Entwicklung anzupassen, sondern sie hat dieses Recht auch als Allzweckwaffe im Kampf gegen alle möglichen Formen gesetzlich nicht erfaßten Unrechts eingesetzt und mit Aufgaben befrachtet, die es als deliktisches Abwehrrecht unmöglich bewältigen kann. Das Persönlichkeitsrecht wurde in unzähligen fallbezogenen Abwägungen verschlissen, um zu interessengerechten und verfassungskonformen Einzelfallentscheidungen zu gelangen und ex post Verhaltenspflichten zu statuieren, deren generelle und künftige Verbindlichkeit ungewiß blieben. Oft nur halbherzige Konturierungsversuche hatten zur Folge, daß sein umfassender Schutz der Gesamtpersönlichkeit in eine Vielzahl unterschiedlich zusammengesetzter Fallgruppen und beziehungslos nebeneinander gestellter »besonderer Persönlichkeitsrechte« zerfiel. Die Berufung auf seinen Schutzzweck ersetzte seine inhaltliche Ausgestaltung. Es wurde nicht als Recht anerkannt, sondern blieb stets Mittel zum Zweck. Auch heute noch wird das allgemeine Persönlichkeitsrecht weniger als Produkt denn als Mittel richterlicher Rechtsfortbildung begriffen. Es stellt sich daher die Frage, ob die Rechtsprechung die von ihr geschaffene »Allzweckwaffe« noch unter Kontrolle hat oder ob ihr Einsatz nicht häufig zu Folgen führt, die der den Einzelfall entscheidende Richter nicht abgesehen, geschweige denn beabsichtigt hat. In seiner derzeitigen Handhabung kann sich das allgemeine Persönlichkeitsrecht in der Tat als Dynamit erweisen, welches nicht nur das deliktische Haftungssystem sprengt, sondern auch die Grundfesten des Zivilrechts ins Wanken bringt. Verantwortlich zu machen für diese Wirkung ist jedoch nicht das Dynamit, sondern derjenige, der es entzündet.

Um der bisherigen Handhabung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts entgegenzuwirken und seinen tatsächlichen Bedeutungsgehalt offenzulegen, soll in dieser Arbeit zunächst ein dogmatisches Gerüst erarbeitet werden, das eine Bestimmung seines abstrakt-generellen Schutzbereichs ermöglicht und der Rechtsprechung eine allgemeingültige Grundlage für seine fallbezogene Anwendung und Fortbildung liefert. Ausgangspunkt der diesbezüglichen Bemühungen ist die Erkenntnis, daß es Artt. 1 I iVm 2 I GG waren, denen das allgemeine Persönlichkeitsrecht seine Anerkennung verdankt. Der erste Teil dieser Arbeit beschäftigt sich daher mit der Frage, wie sich diese grundrechtliche Verwurzelung des Persönlichkeitsrechts auf seine inhaltliche Bestimmung auswirkt. Um hierüber Aufschluß zu erlangen, wird zunächst ergründet, welchen Einfluß die Grundrechte generell auf das Privatrecht haben und welche Konsequenzen sich hieraus für das allgemeine Persönlichkeitsrecht ergeben. Im Anschluß an die nachfolgende knappe Darstellung der einschlägigen grundrechtlichen Wertungen wird untersucht, wie diese Wertungen in das einfache Recht zu übertragen sind. Da diesbezüglich erhebliche Unsicherheiten bestehen, wird die Erforschung der (nicht nur für die

schen erkenne, enthülle sich im Persönlichkeitsschutz ein eher zerbrechlicher, empfindlicher Mensch.

inhaltliche Bestimmung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts bedeutsamen) verfassungsrechtlichen Vorgaben für die einfachrechtliche Umsetzung der Grundrechte den Schwerpunkt des ersten Teils bilden. Nach dieser Konkretisierung der Rahmenbedingungen wird sodann die Funktion beleuchtet, die gerade dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht als einem von mehreren zivilrechtlichen Mitteln bei der Umsetzung der grundrechtlichen Wertungen zukommt. Dazu werden alternative Schutzmittel vorgestellt, und es werden die Vor- und Nachteile herausgearbeitet, die das allgemeine Persönlichkeitsrecht ihnen gegenüber aufweist oder vielmehr bei einer entsprechenden Ausgestaltung aufweisen kann. Im Zentrum dieser Ausführungen stehen die Bestimmung und die Erläuterung der Konsequenzen des Rechtscharakters des allgemeinen Persönlichkeitsrechts. In Umsetzung dieser abstrakten Erörterungen wird danach das konkrete Verhältnis untersucht, welches das allgemeine Persönlichkeitsrecht zum einen zu den übrigen einfachgesetzlichen persönlichkeitsrechtsschützenden Regelungen und zum anderen zu den verfassungsrechtlichen Schutzregelungen hat. Besonderes Gewicht wird dabei auf die Erläuterung der Unterschiede zwischen der Auslegung des Art. 2 I GG und der inhaltlichen Bestimmung des zivilrechtlichen allgemeinen Persönlichkeitsrechts gelegt. Der erste Teil schließt mit einer Zusammenfassung der Thesen, die das Ergebnis der vorangegangenen und die Grundlage der weiteren Untersuchung bilden.

Nach der Klärung der verfassungsrechtlichen Vorgaben für die inhaltliche Bestimmung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts beschäftigt sich der zweite Teil dieser Arbeit mit der Frage, welche Ausgestaltung das Persönlichkeitsrecht durch das Zivilrecht erfahren hat. Dabei richtet sich das Augenmerk zunächst auf die häufig beklagte, selten aber näher beleuchtete besondere Struktur dieses Rechts. Um den grundlegenden – regelmäßig vernachlässigten, für die Konturierung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts aber außerordentlich wichtigen – Unterschied zwischen seinem abstrakt-generellen Schutzbereich und den fallbezogenen Schranken seines Schutzes deutlich zu machen, werden die jeweiligen Funktionen der Schutzbereichsbestimmung, der fallbezogenen Güter- und Interessenabwägung, der Gestattung sozialadäquater Eingriffe und der restriktiven Bestimmung des Eingriffsbegriffs gegenübergestellt, und es wird ein Schema für die Prüfung einer Persönlichkeitsrechtsverletzung vorgeschlagen. Im Anschluß an eine kurze Darstellung der bisherigen Versuche, das allgemeine Persönlichkeitsrecht gesetzlich zu regeln, wird sodann auf die verschiedenen Methoden eingegangen, mittels derer sich Rechtsprechung und Literatur um eine Konturierung des Persönlichkeitsrechts bemühen. Einer vertieften Betrachtung unterzogen wird dabei insbesondere die den Persönlichkeitsschutz bis heute prägende »Sphärentheorie«. Wegen der Schwächen der bisherigen Bestimmungsversuche endet der zweite Teil mit einem eigenen Methodenvorschlag zur Konturierung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts.

Dieser Vorschlag wird im dritten Teil der Untersuchung umgesetzt. Unter Auswertung der einschlägigen Rechtsprechung und Literatur wird anhand des zuvor erstellten dogmatischen Gerüsts der sachliche Schutzbereich des allgemei-

nen Persönlichkeitsrechts bestimmt. Dabei wird sich erweisen, daß die erarbeiteten Vorgaben für die inhaltliche Ausgestaltung des Persönlichkeitsrechts durchaus Raum für rechtspolitische Wertungen lassen, diese Wertungen aber von der Rechtsprechung auf der erstellten dogmatischen Grundlage leichter, sicherer und rationaler zu treffen sind. Die Untersuchung widmet sich zunächst dem Schutz der aktiven Persönlichkeitsentfaltung. Es wird erläutert, daß und warum auf eine persönlichkeitsrechtliche Absicherung aktiver Entfaltungsinteressen grundsätzlich zu verzichten, eine Ausnahme aber für die auf den räumlich-gegenständlichen Privatbereich bezogene Entfaltung zu befürworten ist. An diese Erörterung schließt sich eine ausführliche Untersuchung des zunehmend bedeutungsvollen, aber auch mit besonderen rechtlichen Problemen behafteten Schutzes der Selbstbestimmung an. In dieser das Kernstück der Schutzbereichsbestimmung bildenden Untersuchung wird wiederum zunächst ein dogmatisches Fundament erarbeitet, das den persönlichkeitsrechtlichen Schutz der auf eine Vielzahl verschiedener Angelegenheiten bezogenen Bestimmungskompetenz tragen und somit seiner Handhabung und Ausgestaltung Sicherheit verleihen sowie einer künstlichen Aufspaltung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts entgegenwirken soll. Sodann wird in einem besonderen Teil auf ausgewählte Spezialprobleme – wie etwa die Drittwirkung des informationellen Selbstbestimmungsrechts, die Bestimmung bezüglich eigener Körpersubstanzen, den Schutz vor den Gefahren der Gentechnik, den postmortalen Selbstbestimmungsschutz und die Absicherung der Familienplanung – eingegangen, um die wachsende Bedeutung des Selbstbestimmungsschutzes zu illustrieren und den Wert der vorangegangenen allgemeinen Ausführungen zu verdeutlichen. Dieser umfangreichen Erörterung folgt eine Darstellung von Gegenstand und Voraussetzungen des persönlichkeitsrechtlichen Diskretionsschutzes, die vor allem eine Abkehr von der Sphärenbildung und eine klarere Akzentuierung seines Schutzzinhaltes verfolgt. In der anschließenden kurzen Betrachtung des Ehrenschutzes wird auf die Notwendigkeit einer vom Strafrecht losgelösten Ausgestaltung des zivilrechtlichen Schutzes hingewiesen und anhand einzelner Probleme aufgezeigt, daß die rechtliche Absicherung der persönlichen Ehre durchaus kein Anachronismus ist. Sodann wird der umfassende persönlichkeitsrechtliche Wahrheitsschutz beschrieben und das Zusammenspiel der bislang behandelten Persönlichkeitsinteressen erläutert. Den Abschluß der Schutzbereichsbestimmung bildet eine nähere Beschäftigung mit dem in Rechtsprechung und Literatur bislang vernachlässigten Interesse des einzelnen an der Kenntnis und Achtung seiner personalen Identität. Im Mittelpunkt dieser Betrachtungen stehen die regelmäßig zu Unrecht auf die Kenntnis der eigenen Herkunft reduzierten Auswirkungen des verfassungsgerichtlichen Abstammungsurteils. Es wird dargelegt, daß sich der persönlichkeitsrechtliche Kenntnisschutz auch auf andere Tatsachen erstrecken muß, die für das Verständnis der eigenen Person eine ähnlich grundlegende Bedeutung haben, und es wird am Beispiel der Transsexualität erläutert, was es mit dem Anspruch auf Achtung der personalen Identität auf sich hat.

Im vierten und abschließenden Teil dieser Arbeit werden die zum Teil durchaus gewichtigen Persönlichkeitsinteressen aufgeführt, die nach der hier vertretenen Auffassung nicht dem Schutzbereich des allgemeinen Persönlichkeitsrechts unterfallen. Diese Ausführungen sind zugleich geeignet, die Quintessenz der vorliegenden Untersuchung zu verdeutlichen und ihre Ergebnisse zu untermauern.

Erster Teil

Verfassungsrechtliche Vorgaben für die Bestimmung des persönlichkeitsrechtlichen Schutzbereichs

A. Faktische und rechtliche Grundlagen der Anerkennung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts

I. Entwicklung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts

Der rechtliche Schutz der Persönlichkeit war schon lange vor der Existenz des Bonner GG Gegenstand der juristischen Diskussion¹. Uneinigkeit bestand vor allem hinsichtlich der Ausgestaltung dieses Schutzes – Sollte man sich schwerpunktmäßig straf- oder aber zivilrechtlicher Mittel bedienen, sollte die Persönlichkeit umfassend oder nur in Teilbereichen geschützt werden, und welche Rechtsfolgen versprochen eine angemessene Sicherung dieses Lebensgutes?

Das zivilrechtliche Regelungswerk spiegelt (noch heute) die grundsätzliche Skepsis wider, die vor hundert Jahren gegenüber dem rechtlichen Schutz ideeller Interessen bestand. Die Verfasser des BGB konnten sich zu einem umfassenden Schutz der Gesamtpersönlichkeit nicht durchringen². Die zivilrechtliche Absicherung beschränkte sich vielmehr auf einzelne Persönlichkeitsgüter und ergab sich aus verschiedenen, auf mehrere Gesetze verteilten Einzelbestimmungen³; den

¹ S. v. a. v. *Gierke*, Dt.Privatrecht (1895), Bd.1 S. 702 ff.; v. *Jhering*, JherJb 23 (1885), 155 ff.; *Kohler*, JherJb 18 (1880), 129 ff., ArchBürgR 7 (1893), 94 ff. und GoldtA 47 (1900), 1 ff., 98 ff. (150 ff.); *Coing*, SJZ 1947, 641 ff. und in FS Maihofer S. 75 ff.; *Neumann-Duesberg*, S. 158 ff. (inbes. 179 f.); *Reinhardt*, Das Persönlichkeitsrecht in der geltenden Rechtsordnung (1931); *Smoschewer*, Ufita 3 (1930), 119 ff.; *Theegarten*, Das Problem des allgemeinen Persönlichkeitsrechts (1934). Vgl. ferner *Bussfeld*, S. 9 ff.; *Bussmann*, 42. DJT S. 8 ff.; *Kau*, S. 71 ff.; *Lanz-Zumstein*, S. 84 ff.; *Leuze*, Die Entwicklung des Persönlichkeitsrechts im 19. Jahrhundert; *Müller*, S. 29 f., 36 ff.; *Nipperdey*, Ufita 30 (1960), 1 (1 ff.); *Scheyhing*, AcP 158 (1959/60), 503 (505 ff.); *Simon*, S. 191 ff.

² Vgl. Prot. II, 573 f. zur Entscheidung gegen einen Deliktsschutz der Ehre; *Brehmer/Voegeli*, JA 1978, 374 (375); *Brossette*, S. 92 f.; *Bernotat*, S. 28 ff.; *Maass*, S. 8 f.; *Rabel*, Grundzüge S. 10 (14 f.)

³ So waren folgende Persönlichkeitsgüter zivilrechtlich geschützt: *Leben, Körper, Gesundheit, (körperliche Bewegungs)Freiheit* als die ausdrücklich in § 823 I BGB genannten natürlichen Lebensgüter; *Name* (§ 12); *weibliche Geschlechtslehre* (§ 825); *Ehre* (§ 823 II BGB iVm §§ 185 ff. StGB); *wirtschaftliche Wertschätzung* (§ 824); *Recht am eigenen Bild* (§§ 22 ff. KunstUrhG); *Urheberpersönlichkeitsrecht* (seit 1965 in §§ 11 ff., 97 ff. UrhG – zu seinem vor dieser gesetzlichen Regelung und vor Anerkennung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts praktizierten Schutz s. *Bernotat*, S. 103 ff.; *Schack*, GRUR 1985, 352; *Simon*, S. 49 ff.); *Erfinderpersönlichkeitsrecht* (vgl. §§ 6, 37, 63 PatG).

Vgl. dazu den Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des zivilrechtlichen Persön-

Sachverzeichnis

Zahlen = Seiten; Hauptfundstellen *kursiv*

Abbild

- von Personen s. Bild
- von Sachen 427 f.

Abstammungsentscheidungen 431 f.

Abstammungsfeststellungsklage 440

Abstammungskenntnis 195 Fn. 202, 429 ff.

Abstrakt-genereller Schutzbereich
s. Schutzbereich

Abwägung s. Güter- und
Interessenabwägung

Aids-Test 274 ff.

Aktionslasten 224 f., 233 f., 246 ff.,
281 f., 311 f., 315 ff., 325 ff., 406

Aktivitätsschutz s. Entfaltungsschutz

Allgemeines Persönlichkeitsrecht
(aPR)

- im Verfassungsrecht 119 f., 122 ff.
- im Zivilrecht
 - Entwicklung und Legitimation
11 ff.
 - Funktion 97 ff.
 - Inhalt 207 ff.
 - Rechtscharakter 85 ff.
 - Rechtsfolgen 94 ff.
 - Struktur 151 ff.
- Unterschiede 122 ff.

Ambivalenz von Schutzmaßnahmen
26 ff., 39 ff., 48 ff., 60 ff., 96 f., 115,
127 ff., 134 ff., 159 f., 344 ff.

Angehörige 294 f., 299 f., 309, 314,
317 ff.

Anonymisierung 291, 362 f., 439 ff.

Anonymität 291, 373 ff.

Ansehen 415 f.

**Arbeitsrechtlicher Persönlichkeits-
schutz** 83 ff., 333 ff., 460 ff.

Arzthaftung 242 ff., 267 ff., 274 ff.,
389 ff.

Ärztliche Eigenmacht 267 ff.

Ästhetisches Empfinden s.
Gefühlsleben

Auffangrecht 97 ff., 74, 112, 117

Aufklärung

- Ärztliche- 242 ff., 267 ff., 276 ff.
- Diagnose- 272, 445 ff.
- Allg. Selbstbestimmungs- 242 ff.

Ausländischer Persönlichkeitsschutz
15 Fn. 22

Auslegung 233 f.

**Ausstrahlungswirkung der
Grundrechte** 20 ff.

Ausfuhrung 3 f., 97 ff., 125 ff., 136 ff.,
168, 347 f., 454 ff.

Ausweitung der Staatsaufgaben
s. Staatsaufgaben

Autonomie s. Selbstbestimmung

Belästigungen 467 f.

Beobachtung 374 f., 400 ff.

Berechtigte Interessen 92, 155 f.

Besondere Persönlichkeitsrechte 4,
80 ff., 102, 104 ff., 179 f., 214 ff., 216

Betreuungsgesetz 230 ff.

Bevormundung s. Eigenverant-
wortlichkeit u. Vernunft

Beweislasten 270 f.

Bild

- Recht am eigenen Bild 81 ff., 113 f.,
162, 215, 226 f., 298 Fn. 429, 372
- Selbstbestimmung bzgl. 222

Blut s. Körpersubstanzen

Briefe 223, 286, 378 ff.

Briefkastenwerbung 248 ff.

- Bundesdatenschutzgesetz** 341 ff.
- Cannabis – Entscheidung** 118 f.
- Caroline von Monaco – Entscheidungen** 95 f., 222, 251
- Case law** s. Richterrecht
- Charakterbild** 370 ff.
- Daten**
- Begriff 362 f.
 - Selbstbestimmung bzgl.
 - Persönlichkeitsrechtlicher Schutz 353 ff.
 - Spezialgesetzlicher Schutz 341 ff.
 - Verfassungsrechtlicher Schutz 339 ff.
- DDR** 324
- Deliktisches Haftungssystem** 1 f., 129 ff.
- Demokratieprinzip** 22, 26, 130 ff.
- Denkfigur** 15, 85 f., 136, 147
- Diagnoseaufklärung** s. Aufklärung
- Differenzierungsgebot** 27 ff., 29, 54, 64, 71 f., 79 f., 84, 100, 115, 135
- Diskretion** 297, 397 ff., 464
- Diskriminierung** s. Gleichbehandlung
- Dispositionsbefugnis** 239 f., 264 f., 253
- Drittwirkung der Grundrechte** 17 ff.
- Dynamik der Persönlichkeitsentfaltung** 12 ff., 88 f., 136, 151, 164, 201 ff.
- Effektivität des Schutzes** 65, 94 ff., 133, 136, 153, 394 f.
- Ehe und Familie** 462 ff.
- Ehre**
- Abgrenzung zur Selbstbestimmung 375 ff., 384 f.
 - äußere – s. Ansehen
 - Bedeutungsschwund 411 ff.
 - Eigenständigkeit des zivilrechtlichen Schutzes 64, 139 f., 385, 413 f., 422
 - innere – 419 ff.
 - postmortaler Schutz 297
- Ehrgefühl** 418 f.
- Eigene Angelegenheiten**
- Begriff 220 ff.
 - Überblick 222 f.
- Eigenständigkeit des Privatrechts** 2, 25 f., 29 ff., 63 f., 71 f., 122 ff., 137 ff.
- Eigenverantwortlichkeit** 3 f., 32 ff., 87 f., 99, 219, 256 ff., 280, 407 f., 446 f.
- Eigenwert des Menschen** 31 ff.
- Einfallstor für grundrechtliche Wertungen** 2, 29 ff.
- Eingriffsabwehrfunktion der Grundrechte** 50 ff.
- Eingriffsabwehrinstrumentarium** 48 ff.
- Eingriffsbegriff**
- im Verfassungsrecht 51 f., 55, 59 f.
 - im Zivilrecht 163 f., 254 f., 366 ff., 371 f., 389 ff., 434
- Eingriffs- und Schrankendenken** 50 ff.
- Einsichtsfähigkeit** s. Selbstbestimmungsfähigkeit
- Einsichtsrecht** 78 ff.
- Einwilligung**
- Bedeutung beim Selbstbestimmungsschutz 225 f., 242 ff.
 - konkludente 234 f., 247, 278 ff.
 - mutmaßliche 244 ff., 262, 310 f., 366
 - normative Voraussetzungen 226 ff.
 - tatbestandausschließende Wirkung 225 f.
 - und Vertrag 235 ff., 252 f.
 - vorformulierte 247, 315 ff.
- Elfes – Entscheidung** 117 ff.
- Embryonenschutzgesetz** 332 f., 386 Fn. 871, 439
- Empfängnisverhütungsabrede** 389
- Empfindungen** s. Gefühls- und Seelenleben
- Entmündigungsentscheidungen** 351 f.
- Entstellung** s. Wahrheitsschutz
- Entwicklungsfähigkeit des aPR** 3 f., 14 f., 88 ff., 96 ff., 99 f., 136, 145, 147
- Entfaltungsschutz** 207 ff.
- Entmystifizierung** 15, 103, 111, 456
- Entschließungsfreiheit** s. Wille
- Eppler – Entscheidung** 120, 123, 375 ff., 417, 423 f.
- Erkennbarkeit** 81, 96, 98, 103, 132 ff., 212, 216 f., 220 f., 405 f., 453

Erlanger Baby 241 *Fn.* 151, 308, 319
Erscheinungsbild 223, 428

Faktische Ungleichheit s. soziale
 Macht

Fallbezogene Schranken des aPR
 s. Schranken

Fallgruppenbildung 4, 111, 177 *ff.*

Familie s. Ehe

Familienplanung s. Fortpflanzung

Förderung und Teilhabe 53, 454 *ff.*

Fortpflanzung

– Selbstbestimmung bzgl. 386 *ff.*

– Künstliche – s. Künstliche

Fortpflanzung

Foto s. Abbild und Bild

Freiheit des Privatverkehrs

26 *ff.*, 880, 127 *ff.*, 138, 153

Freiwilligkeit 238 *f.*, 262, 336

Freizeitbetätigung 458 *f.*

Gefühls- und Seelenleben 469 *f.*

Gegendarstellung s. aPR –

Rechtsfolgen

Geheimhaltung s. Diskretion

Geheimhaltungswille 189 *f.*, 400 *ff.*,
 405 *f.*

**Geldentschädigung bei Verletzung
 des aPR** 12 *f.*, 94 *ff.*, 109 *f.*, 204

Gemeinschaftsgebundenheit 35 *ff.*,
 159

Generalklausel 12 *ff.*, 30, 97, 126 *ff.*,
 129 *f.*

Geninformationelles

Selbstbestimmungsrecht 335 *f.*

Genmanipulation 331 *ff.*, 448

Genomanalyse 333 *ff.*

– pränatale 337 *ff.*

Gentechnik 331 *f.*

Gesamtpersönlichkeit 4, 7 *ff.*, 12 *ff.*,
 93 *f.*, 113, 136, 425

Gesetzesvorbehalt 60

Gesetzesvorschläge 166 *ff.*

Gesetzlicher Persönlichkeitsschutz
 80 *ff.*, 104 *ff.*, 341 *ff.*; s. auch

Spezialgesetzliche Schutzregelungen

Gesetzgeber

– Aufgaben des – 21 *f.*, 26 *ff.*, 66, 131

– Untätigkeit des – 11 *f.*, 28, 30, 166 *ff.*,
 202, 473

**Gesetz zur Neuregelung des
 zivilrechtlichen Persönlichkeits-
 und Ehrenschatzes** 159, 166 *ff.*, 414

Gestaltungsspielraum 25 *ff.*, 37, 55 *f.*,
 63 *ff.*, 221 *f.*, 302, 392

Gewaltenteilung 1 *f.*, 21 *ff.*, 26, 130 *ff.*

Gewerbebetrieb 163, 458

Gewerbe und Beruf 458

Gewissen 419 *ff.*

Gewohnheitsrecht 13, 60

Gleichbehandlung 131 *f.*, 459 *ff.*

Gleichgeschlechtliche

Lebensgemeinschaft 211, 382 *f.*

Grundrechte

– Bedeutung für das zivilrechtliche aPR
 15 *f.*, 29 *ff.*, 36 *f.*, 103, 115 *ff.*, 456 *ff.*

– Bindung der staatlichen Gewalten
 21 *ff.*, 63

– Einwirkung auf das Privatrecht 17 *ff.*,
 37 *ff.*, 137 *ff.*, 139 *f.*

– Wertordnung s. Wertungen

Güter- und Interessenabwägung 26,
 71, 93, 152 *ff.*, 180, 204, 208, 212, 366

Gute Sitten s. Sittenwidrigkeit

Haftungsrisiken 127 *ff.*

Handelsvertreterentscheidung 23 *f.*

Handlungsfreiheit 49 *ff.*, 117 *ff.*, 125 *ff.*,
 151, 160 *f.*

Herrenreiter – Entscheidung 13, 95

Herrschaft über die eigene Person
 15, 89 *ff.*, 220 *f.*, 239, 254

Heterologe Insemination 430 *ff.*

– Anonymität des Spenders 430

– Unterhaltspflicht des Zustimmenden
 440 *ff.*

Hirntod 307 *ff.*

Ideelle Immissionen 471 *ff.*

Identität

– Achtung 447 *ff.*

– Begriff 428 *f.*

– Kenntnis 429 *ff.*

Immanente Grundrechtsschranken
 50 *ff.*

Immaterieller Schaden

s. Geldentschädigung

**Immaterieller Schutzgegen-
 stand** 3, 13, 75, 151, 164, 181, 201,
 203, 214 *ff.*, 271 *f.*, 289, 364 *f.*

- Individualität** 429
- Informationelles Selbstbestimmungsrecht**
- bzgl. Charakterbild 370 ff.
 - bzgl. der eigenen Daten 351 ff.
 - bzgl. Lebensbild 372 ff.
 - Drittwirkung 384 ff.
 - und Diskretionsschutz 400 ff.
 - verfassungsgerichtliche Anerkennung 189 f., 339 ff.
- Informationsfreiheit** 343 ff., 404
- Informationsschranke** 406 ff.
- Innere Ehre** s. Selbstachtung
- Interessenabwägung** s. Güter- und Interessenabwägung
- Interessen als Schutzgegenstand** 87 ff., 91 ff., 103, 155 f., 203 f., 216
s. auch Zusammenspiel von Persönlichkeitsinteressen
- Intimsphäre** s. Sphärenbildung
- Jugendsekten – Entscheidung** 417 f.
- Justitiabilität** 38, 153, 175 f. 201
- Keimgut** 290, 327 ff.
- Kenntnis**
- entscheidungserheblicher Umstände 237 f., 248, 275 f., 279, 312 f.
 - Identität 445 ff.
- Kenntnis der Abstammung** 429 ff.
- Kenntnis der physischen u. psychischen Konstitution** 445 ff.
- Kernbereichsschutz** 195 ff.
- Kollision der Grundrechte** 19, 27, 37, 39 ff.
- Kommerzialisierung** 95 f., 236, 251 ff., 273, 287, 305, 330 Fn. 591, 379 ff.
- Konkurrenzen** 104 ff.
- Konstitutionsprinzip** s. Programmsatz
- Kontrollkompetenz des BVerfG** 23
Fn. 62, 38, 393
- Konturierung** 2, 4, 14, 96 ff., 103, 120, 201 ff., 453
- Körper**
- Ausweitung der Körperverletzungstatbestände 266 f., 283 f.
 - Persönlichkeitsrechtlicher Selbstbestimmungsschutz
 - vor der Entnahme 265 ff., 273 ff.
 - nach der Entnahme 282 ff., 266 f., 328
 - nach dem Tode 162, 292 ff.
- Wirtschaftliche Bedeutung 273
- Kruzifix – Entscheidung** 261
- Künstliche Fortpflanzung** 292, 329, 386, 389, 430, 439 ff.
- Künstliche Lebensverlängerung** 268, 307 f.
- Lebach – Entscheidung** 45, 123, 373
- Leben**
- Beginn 328 ff.
 - Ende 307 f.
 - Selbstbestimmung bzgl. 256 ff.
- Lebensbild** 372 ff.
- Lebensgut** s. Rechtsgut
- Lebenszeit** 473 f.
- Legitimierungspflicht** 26 f., 49 f., 51 f., 57 f., 61 f., 69 f., 119, 127 ff., 354 f.
- Leichensektion** 315 ff.
- Leserbrief – Entscheidung** 12 ff., 180 f. 221
- Lizenzanalogie** 94
- Lückenfüllung** s. Auffangrecht
- Machtgefälle** 18 f., 24, 26 ff. 52 f., 77 f., 138 f., 208 f., 211, 213, 454 ff.
- Machtverschiebung zwischen den staatlichen Gewalten** s. Gewaltenteilung
- Medien** 168 ff., 173 f.
- Mehrzweckwaffe** 4
- Menschenbild** 3, 31 ff.
- Menschenwürde** 31 ff., 217 ff., 258 f., 293 f., 300 ff.
- Mephisto – Entscheidung**
- des BVerfG 46, 292 ff.
 - des BGH 293
- Minderjährige** s. Selbstbestimmungsfähigkeit
- Mitbestimmungs – Entscheidung** 40
- Mutmaßlicher Wille** s. Einwilligung
- Mutterrecht** 101 f., 117
- Name** 222

- Nichteheliche Lebenspartner** 211, 319
- Objektive Wertordnung** s. Ausstrahlungswirkung
- Objektstellung** 32 f., 396 f.
- Offenhaltung des Schutzbereichs** 13 f., 168, 171, 174, 201 f.
- Öffentlichkeit** 184 ff., 348 ff., 372 ff., 397 ff.
- Organe** s. Körpersubstanzen
- Organspendeausweis** 311 ff. m. Fn. 495
- Organtransplantation** s. Transplantationsgesetz
- Parabolantennen** 78 Fn. 322
- Patientenanwalt** 318 f. m. Fn. 528
- Patientendaten** 235, 352
- Patiententestament** 311 ff.
- Peepshow** 33 Fn. 108
- Persönliche Beziehungen** 381 ff.
- Persönlichkeit**
- als Schutzgegenstand des aPR 72, 91, 177, 220
 - Begriff 176 f.
 - Schutz im Verfassungsrecht 117 ff.
 - Schutz im Zivilrecht 11 f., 73 ff.
- Persönlichkeitsrecht** s. Allgemeines Persönlichkeitsrecht
- Pietätsgefühl** 322, 470
- Postmortaler Persönlichkeitsschutz**
- Allgemeine Grundlagen 292 ff.
 - Rolle der Angehörigen s. Angehörige
 - Selbstbestimmungsschutz 302 ff.
 - Schutzvorkehrungen zu Lebzeiten 311 ff.
- Praktische Konkordanz** 41 ff., 70, 155
- Pränatale Genomanalyse** s. Genomanalyse
- Pränatales Sorgerecht** 330 f., 337 ff.
- Pränataler Persönlichkeitsschutz** 442 ff.
- Präventiver Persönlichkeitsschutz** 80, 95 f., 133, 151
- Presse** s. Medien
- Privatautonomie** 3 f., 19, 24, 27, 88, 214, 459
- Privatheit** s. Sphärenbildung und Diskretion
- Privatrechtliche Informationsordnung** 343 ff., 398 ff.
- Privatsphäre** 180 ff.
- Programmsatz** 15, 100 f.
- Prüfungsschema b. Verletzungen des aPR** 165
- Quellrecht** 101 f., 110 f., 117
- Rahmenrecht** 152 ff.
- räumlich-gegenständlicher Privatbereich**
- Entfaltungsschutz 209 ff.
 - Diskretionsschutz 409 f.
 - Selbstbestimmungsschutz 223, 249, 264 f.
- Recht am Gewerbebetrieb** s. Gewerbebetrieb
- Rechte am...** 215
- Recht auf Kenntnis der eigenen Abstammung** s. Kenntnis der Abstammung
- Rechtscharakter** s. aPR – Charakter
- Rechtsfigur** 2, 13 f., 98, 201
- Rechtsgut** 91, 215 ff.
- Rechtsinstitut** s. Rechtsfigur
- Rechtskreis** 49 f., 132 ff., 151, 160 f.
- Rechtspolitische Wertungen** 25 f., 30, 65 f., 68, 70, 131, 175, 201 ff., 255 f.
- Rechtsprechung**
- Aufgabe bei der Ausgestaltung des aPR 29 ff., 202 f., 473
 - richterliche Rechtsfortbildung s. Richterrecht
- Reiten im Walde – Entscheidung** 118 f.
- Religiöses Empfinden** s. Gefühlsleben
- Richterrecht** 1 ff., 12 ff., 22, 29 ff., 94 f., 99 f., 113 f., 169, 178
- Rechtssicherheit** 131 f., 173, 379
- Ruf** s. Ansehen
- Schmerzensgeld** s. Geldentschädigung
- Schranken**
- des aPR 151 ff., 365 ff.
 - der Grundrechte 50 ff., 55 f.
- Schutzbereich**
- des aPR 151 ff.
 - der Grundrechte 50 ff., 55 ff.

- Schutz durch Eingriff** s. Ambivalenz von Schutzmaßnahmen
- Schutzgebotsfunktion der Grundrechte** 21 f., 53
- Schutzmittel des Zivilrechts** 73 ff.
- Schutzvorgaben der Verfassung**
- Differenzierung s. Differenzierungsgebot
 - Mindestmaß s. Untermaßverbot
 - Übermaß s. Verhältnismäßigkeitsgebot
- Schutz vor sich selbst** 33 f., 229 f., 256 ff.
- Schwangerschaftsabbruchsurteile**
- Erstes Urteil 45
 - Zweites Urteil 47 f., 67 Fn. 275, 328 f., 393 ff.
- Sektion** s. Leichensektion
- Sektionsklauseln** 315 ff.
- Selbstachtung** 419 ff.
- Selbstbestimmung**
- Bedeutung 31 ff., 89 f., 187 ff., 214, 229
 - Begriff 219 f., 289 ff., 388
 - postmortaler Schutz 292 ff.
- Selbstbestimmungsfähigkeit** 333 f., 228 ff., 253, 262
- Selbstbestimmungsrecht**
- Allgemeine Grundlagen 214 ff.
 - Besondere Ausprägungen 255 ff.
 - Sachliche Reichweite 220 ff.
 - Umgehungsmöglichkeiten 235, 244 ff., 246 ff., 279 ff., 315 ff.
 - Wahrnehmung 224 ff.
 - Wirkung 306, 325 ff., 335 ff., 353 ff.
 - Zweck 229, 239 f., 254, 281, 356 ff., 378, 402 f.
- Selbst definierter sozialer Geltungsanspruch** 375 ff.
- Selbsttötung** 256 ff.
- Selbstverständnis** 417 f.
- Sexuelle Betätigung**
- Diskretionsschutz 196 f., 405
 - Selbstbestimmungsschutz 393 ff.
- Sittenwidrige Schädigung** 12, 74 ff., 140, 209, 457 ff.
- Sittenwidrigkeit**
- als Grenze des Selbstbestimmungsrechts 33 f., 219, 240 f., 259 ff., 382 f.
 - als haftungsbegründender Umstand 75 f., 459, 462, 467 f., 470
- Sittliches Empfinden** s. Gefühlsleben
- Soraya – Entscheidung** 13, 22, 29, 60, 97, 99
- Sozialadäquanz**
- Bestimmungskriterien 161 ff.
 - Funktion der Gestattung sozialadäquater Eingriffe 159 ff., 366
- Sozialbezug** 17 ff., 35 f.
- Soziale Macht** s. Machtgefälle
- Sozialtypische Offenkundigkeit** s. Erkennbarkeit
- Sperma** s. Keimgut
- Spermavernichtungs – Entscheidung** 266 f., 283 f.
- Sphärenbildung**
- Dogmatische Bedeutung 191 ff.
 - Entwicklung 180 ff.
 - Faktische Handhabung 216 f., 364 f., 399 f.
 - Geltungsbereich 184 ff.
 - Kernbereichsschutz 195 ff.
 - Sphärenbezeichnungen 193 f.
- Spezialgesetzliche Schutzregelungen** 12 f., 80 ff., 341 ff., 378 ff.
- Sprengung des Haftungssystems** 4, 129 ff.
- Staatsaufgaben** 52 ff., 454 f.
- Stimme** 222
- Steuerungsfunktion des Deliktsrechts** 132 ff.
- Strafrechtlicher Persönlichkeitsschutz** 11 f., 295, 383 ff., 406, 413 ff., 421 ff.
- Subjektives Recht** 2, 29, 58, 85 ff., 168, 202 f., 472
- Tagebuch – Entscheidung** 190, 198 ff.
- Teilhabe** s. Förderung
- Therapeutisches Privileg** 280
- Tod** s. Leben u. Hirntod
- Tonbandaufnahme – Entscheidung** 190, 223 Fn. 69, 357 Fn. 731
- Totensorgerecht** 320 f.
- Transparenztheorie** 266
- Transplantation s. Organtransplantation**
- Transplantationsgesetz** 247, 323 ff.
- Transsexuelle** 448 f.

- Übermaßverbot** s. Verhältnismäßigkeitsgebot
- Umgehung des Selbstbestimmungsrechts** s. Selbstbestimmungsrecht
- Umsetzung der Grundrechte**
- Notwendigkeit 21 ff., 138 ff.
 - verfassungsrechtliche Vorgaben 37 ff.
- Umwelt** 471 ff.
- Unkenntnis, Recht an der** – 335 f., 445 f.
- Untermaßverbot** 64 ff., 302
- Unterschieben nicht getaner Äußerungen** 426 f.
- Urheberpersönlichkeitsrecht** s. Werk
- Verfälschung** s. Wahrheitsschutz
- Verfassungsbeschwerde** 28 Fn. 86, 117 f.
- Verfolgungsschicksal** 421 ff., 426, 447 f.
- Verhältnismäßigkeitsgebot** 41 ff., 55 ff., 60 ff., 119, 127 ff., 305 ff., 353 ff., 435 ff.
- Verkehrsfähigkeit** 251 f., 379 f.
- Vermarktung** s. Kommerzialisierung
- Vernunft** 32 ff., 36 f., 217 ff., 229 ff., 267 f., 276 f., 309, 326 f., 401 f.
- Vertrag und Einwilligung**
- s. Einwilligung
- Vertragsrechtlicher Persönlichkeitsschutz** 77 ff.
- Vertraulichkeitsschutz** 410 f.
- Volkszählungsurteil** 188 f., 339 ff.
- Vorlagepflicht** 23, 114
- Vorsorgliche Rechtswahrnehmung** 311 ff.
- Wahrheit als Wert** 343 ff., 415 f.
- Wahrheitsschutz** 297, 423 ff.
- Werbung**
- belästigende Werbemaßnahmen 223 Fn. 70, 248 ff., 467 f.
 - Zwangskommerzialisierung 94 ff., 251 ff., 427
- Werk** 378 ff.
- Wertungen der Grundrechte** 31 ff.
- Widerruf** 235 ff., 253, 312 f.
- Widerspruchsbefugnis** 246 ff., 316, 323 ff.
- Wille** 32 ff., 219 f., 400 ff., 466 ff.
- Willensäußerung** 224 ff., 402 ff.
- Wissenschaft**
- Aufgabe bei der Ausgestaltung des aPR 3, 178 f., 202 f.
- Wohnung** s. räumlich-gegenständlicher Privatbereich
- Wort** 223, 426
- Würde** s. Menschenwürde
- Zersplitterung des aPR** 4, 216, 271 f.
- Zitate** 426 f.
- Zusammenspiel der Persönlichkeitsinteressen** 425 f.
- Zwangskommerzialisierung**
- s. Werbung
- Zweistufige Prüfung von Verletzungen des aPR** 156 f., 192